

## **Petition**

### **Nördliche Gegenanflugroute**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Soden am Taunus hat in ihrer Sitzung am 22.06.2011 folgende **Petition** beschlossen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung erkennt die herausragende Bedeutung des Flughafens Rhein-Main für die sehr gute wirtschaftliche Situation der Rhein-Main-Region an. Der Flughafen und im Besonderen seine Funktion als Drehkreuz im internationalen Flugverkehr sorgen dafür, dass sich zahlreiche erfolgreiche Unternehmen und Institutionen in der Rhein-Main-Region ansiedeln. Der Flughafen an sich ist mit Abstand der größte Arbeitgeber in Deutschland; zahlreiche weitere Arbeitsplätze, insbesondere auch für Geringqualifizierte, hängen mittelbar von der Stärke des Frankfurter Flughafens ab. Von alledem profitieren auch die Bürgerinnen und Bürger Bad Sodens in nicht unerheblichem Maße.
2. Die Stadtverordnetenversammlung weist darauf hin, dass angesichts der Lage des Flughafens Rhein-Main mitten in einer dicht besiedelten Region bei allen anstehenden Entscheidungen auch die Interessen der Anwohner in der näheren und weiteren Umgebung besondere Berücksichtigung finden müssen.
3. Vor diesem Hintergrund kritisiert die Stadtverordnetenversammlung, dass im Vorfeld der Änderung der nördlichen Gegenanflugroute, die im März 2011 vorgenommen wurde, die betroffenen Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger nicht frühzeitig und umfassend informiert wurden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass in Folge der geänderten nördlichen Gegenanflugroute der Fluglärm über dem Stadtgebiet Bad Sodens signifikant zugenommen hat. Sie begrüßt, dass der Magistrat der Stadt Bad Soden am Taunus daraufhin sofort die Initiative ergriffen und eine interkommunale Informationsveranstaltung zu diesem Thema angestoßen hat, die am 31. Mai 2011 in Schwalbach am Taunus stattfand.
5. Die Stadtverordnetenversammlung ist verärgert darüber, dass die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH als hauptverantwortliche Institution zur Festlegung der Flugrouten die Teilnahme an dieser Informationsveranstaltung abgelehnt hat. Sie sieht in diesem Verhalten der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH eine Missachtung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Sie bittet die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH darum, dass zumindest den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Bad Soden am Taunus die Möglichkeit gegeben wird, mit ihr in einen unmittelbaren Dialog zu diesem Thema einzutreten.
6. Die Stadtverordnetenversammlung zeigt sich verwundert, dass die nördliche Gegenanflugroute um rund einen Kilometer weiter nach Norden verschoben wurde als es der Neubau der Landebahn Nordwest erfordert hätte und als es im Mediationsverfahren zum Ausbau des Flughafens Rhein-Main ursprünglich vorgesehen war. Die Begründung, dass die Einflugwinkel auf die eigentliche Landeanflugroute auf diese Weise besser einzuhalten sind, überzeugt die Stadtverordnetenversammlung nicht. Sie weist zudem darauf hin, dass durch diese zusätzliche Verschiebung die Beteiligung der betroffenen Kommunen im Rahmen des Mediationsverfahrens damit unzureichend war.

Vor diesem Hintergrund bittet die Stadtverordnetenversammlung den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestag, bei der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH darauf hinzuwirken, dass

1. eine partielle Rückverlegung der nördlichen Gegenanflugroute ernsthaft geprüft wird und in die Abwägung im Besonderen die Lärmbelastung der Bürgerinnen und Bürger einfließt;
2. eine mögliche weitere Verschiebung der nördlichen Gegenanflugroute nach Norden keinesfalls in Betracht gezogen wird. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt eine solche weitere Verschiebung entschieden ab;
3. die gegenwärtige Mindestflughöhe auf der nördlichen Gegenanflugroute von 2.400 Metern strikt eingehalten wird;
4. der bestehende Spielraum für größere Flughöhen auf der nördlichen Gegenanflugroute so weit wie möglich ausgenutzt wird.